

Wirtschaftsgipfel London

Treffen der Staats- und Regierungschefs
vom 15. bis 17. Juli 1991

Politische Erklärung

Die Stärkung der internationalen Ordnung

London, 16. Juli 1991

1.

Wir, die Staats- und Regierungschefs unserer sieben Länder und die Vertreter der Europäischen Gemeinschaft, erneuern unser festes Bekenntnis zu dem Ideal einer friedlichen, gerechten, demokratischen und wirtschaftlich gesunden Welt. Die Völkergemeinschaft sieht sich gewaltigen Herausforderungen gegenüber. Es gibt jedoch auch Grund zur Hoffnung. Wir müssen den multilateralen Ansatz zur Lösung gemeinsamer Probleme intensivieren und auf die Stärkung des internationalen Systems hinarbeiten, in dem die Vereinten Nationen, gestützt auf ihre Charta, ein ganz zentrales Element bleiben. Wir fordern die politischen Verantwortlichen anderer Völker auf, mit uns gemeinsam für diese Sache einzutreten.

2.

Es ist ermutigend und gibt Anlaß zur Hoffnung, daß der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Unterstützung der Völkergemeinschaft während der Golfkrise gezeigt hat, daß er seine Aufgabe, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit wiederherzustellen und Konflikte zu lösen, erfüllen konnte. Da die Ost-West-Konfrontation der letzten vier Jahrzehnte nunmehr hinter uns liegt, muß die Völkergemeinschaft auf diesem neuen Geist der Zusammenarbeit aufbauen, nicht nur im Nahen Osten, sondern überall dort, wo Gefahren und Konflikte drohen oder anderen Herausforderungen begegnet werden muß.

3.

Nach unserer Auffassung sind jetzt die Voraussetzungen dafür gegeben, daß die Vereinten Nationen die Hoffnungen und Ideale ihrer Gründerväter in vollem Umfang verwirklichen. Die mit neuem Leben erfüllten Vereinten Nationen werden eine zentrale Rolle bei der Stärkung der internationalen Ordnung spielen. Wir verpflichten uns, die Vereinten Nationen stärker, effizienter und wirksamer zu machen, damit die Menschenrechte geschützt, Frieden und Sicherheit für alle gewahrt und Aggressionen abgeschreckt werden können. Wir werden vorbeugender Diplomatie absolute Priorität einräumen, um zur Abwendung von Konflikten in der Zukunft beizutragen, indem wir möglichen Aggressoren die Konsequenzen ihres Handelns klar vor Augen führen. Die friedenserhaltende Rolle der Vereinten Nationen sollte gestärkt werden, und wir sind bereit, uns mit großem Nachdruck hierfür einzusetzen.

4.

Wir stellen fest, daß das dringende und überwältigende humanitäre Problem in Irak, das durch gewaltsame Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung verursacht wurde, außergewöhnliche Maßnahmen der Völkergemeinschaft in Ausführung der Resolution 688 des VN-Sicherheitsrats erforderte. Wir fordern die Vereinten Nationen und die ihr angeschlossenen Organisationen dringend auf, sich bereitzuhalten, in der Zukunft ähnliche Maßnahmen in Betracht zu ziehen, falls die Umstände dies erfordern. Die Völkergemeinschaft kann nicht tatenlos zusehen, wenn weitverbreitetes menschliches Leid, das durch Hungersnöte, Krieg, Unterdrückung, Flüchtlingsströme, Seuchen oder Überschwemmungen verursacht wird, ein drängendes und überwältigendes Ausmaß erreicht.

5.

Die Tragödien, die sich vor kurzem in Bangladesch, Irak und am Horn von Afrika abgespielt haben, zeigen, daß es erforderlich ist, die Hilfe der Vereinten Nationen bei der Bewältigung von Notlagen zu verstärken. Wir rufen alle Mitgliedstaaten auf, dem Appell des Generalsekretärs, freiwillige Beiträge zu leisten, nachzukommen. Wir würden uns Schritte zur Stärkung der Koordinierung und zur Beschleunigung der wirksamen Bereitstellung jeglicher Art von VN-Hilfe bei großen Katastrophen wünschen. Solche Initiativen als Teil einer umfassenden Anstrengung, die Vereinten Nationen effektiver zu machen, könnten folgendes umfassen:

- a) die Ernennung eines hochrangigen, nur dem Generalsekretär der Vereinten Nationen verantwortlichen Beamten, der für die Leitung einer sofortigen und sinnvoll integrierten internationalen Reaktion auf Katastrophen sowie für die Koordinierung der einschlägigen Appelle der Vereinten Nationen zuständig wäre und
- b) die Verbesserung der Verfahren, durch welche Ressourcen aus dem VN-System und Mittel der Geberländer sowie nichtstaatlicher Organisationen mobilisiert werden können, um dringende humanitäre Bedürfnisse in Krisenzeiten zu befriedigen.

Die Vereinten Nationen wären dann in der Lage, rasch zu handeln, was in der Vergangenheit nicht immer der Fall war.

Inhalt

Wirtschaftsgipfel London

Politische Erklärung	661
Erklärung über den Transfer konventioneller Waffen und die Nichtverbreitung von ABC-Waffen	663
Wirtschaftserklärung von London	665
Erklärung des Bundeskanzlers zum Abschluß des Wirtschaftsgipfels	671

Die Vereinten Nationen sollten ferner ihre Frühwarnkapazität in vollem Umfang nutzen, um die Völkergemeinschaft vor kommenden Krisen zu warnen und Notfallpläne vorzubereiten, die auch Mittel und Material vorsehen, die dann für solche Notfälle bereitstünden.

6.

Seit unserem letzten Treffen wurde die Welt Zeuge der Invasion, Besetzung und späteren Befreiung Kuwaits. Die überwältigende Reaktion der Völkergemeinschaft, welche die gewaltsame Annexion eines kleinen Volkes rückgängig machte, war ein Beweis für die weitverbreitete Präferenz für

- kollektive Maßnahmen gegen die Bedrohung des Friedens und zur Bekämpfung der Aggression,
- die friedliche Beilegung von Streitigkeiten,
- die Verteidigung des Grundsatzes der Rechtsstaatlichkeit und
- den Schutz der Menschenrechte.

Diese Grundsätze sind von ausschlaggebender Bedeutung für den zivilisierten Umgang der Staaten miteinander.

7.

Wir bringen unsere Unterstützung für die Maßnahmen zum Ausdruck, die die Länder am Golf und ihre Nachbarn ergreifen, um ihre Sicherheit in Zukunft zu gewährleisten. Wir beabsichtigen, die Sanktionen gegen Irak aufrechtzuerhalten, bis alle einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats vollständig erfüllt sind und die Menschen in Irak sowie ihre Nachbarn frei von Furcht vor Einschüchterung, Unterdrückung oder Angriffen leben können. Was das irakische Volk angeht, so verdient es, daß man ihm die Möglichkeit gibt, seine Führung offen und demokratisch zu wählen. Wir sehen den bevorstehenden Wahlen in Kuwait und einer Verbesserung der Menschenrechtslage dort und in der Region entgegen.

8.

Wir messen der Einleitung eines Prozesses, der darauf abzielt, einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn einschließlich der Palästinenser herbeizuführen, überragende Bedeutung bei. Ein solcher Frieden sollte sich auf die Resolutionen 242 und 338 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und auf den Grundsatz „Land gegen Frieden“ stützen.

Wir unterstützen den Plan einer Friedenskonferenz, auf der parallele und direkte Verhandlungen zwischen Israel und repräsentativen Palästinensern einerseits sowie Israel und den arabischen Staaten andererseits begonnen werden. Wir bekräftigen, unsere fortgesetzte Unterstützung für die gegenwärtige amerikanische Initiative zur Förderung des Friedensprozesses, die nach unserer Auffassung die besten Aussichten auf Fortschritte in Richtung auf eine Lösung bietet.

Wir fordern alle Streitparteien mit Nachdruck auf, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ausgewogene vertrauensbildende Maßnahmen zu ergreifen und die Flexibilität an den Tag zu legen, die erforderlich ist, damit eine Friedenskonferenz auf der Grundlage dieser Initiative einberufen werden kann. In diesem Zusammenhang sind wir der Ansicht, daß der arabische Boykott und die israelische Politik der Besiedlung der besetzten Gebiete eingestellt werden sollten.

9.

Wir nehmen die durch die Wiederherstellung der Sicherheit in Libanon eröffneten Aussichten mit Genugtuung zur Kenntnis. Wir unterstützen auch weiterhin die Bemühungen der libanesischen Behörden um die Verwirklichung des Taif-Prozesses, der zum Abzug aller ausländischen Streitkräfte und zur Durchführung freier Wahlen führen wird.

10.

Wir bringen unsere Bereitschaft zum Ausdruck, die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Nahen Ostens auf der Grundlage liberaler Politik zu unterstützen, die darauf abzielt, die Rückführung von Kapital, eine Erhöhung der Investitionen und einen Abbau der Handelshemmnisse zu fördern. Eine solche Politik sollte von umfassenden langfristigen Bemühungen um mehr Stabilität im Nahen Osten und im Mittelmeerraum begleitet werden.

11.

Wir begrüßen die weiteren substantiellen Fortschritte der Reformen sowohl auf politischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiet, die während des letzten Jahres in den Ländern Mittel- und Osteuropas erreicht wurden, und sind uns bewußt, daß diese Errungenschaften über eine schwierige Phase des wirtschaftlichen Übergangs hinweg gewahrt werden müssen, und zwar auch durch regionale Initiativen. Wir haben ein starkes Interesse am Erfolg marktwirtschaftlicher Reformen und der Demokratie in Mittel- und Osteuropa und verpflichten uns, diese Reformen uneingeschränkt zu unterstützen. Wir nehmen ferner die Fortschritte Albanien auf dem Wege zur Mitgliedschaft in der demokratischen Völkergemeinschaft zur Kenntnis.

12.

Unsere Unterstützung für den Prozeß grundlegender Reformen in der Sowjetunion ist so stark wie immer. Wir glauben, daß das neue Denken in der sowjetischen Außenpolitik, das einen so großen Beitrag zur Verringerung der Ost-West-Spannungen und zur Stärkung des multilateralen Friedens- und Sicherheitssystems geleistet hat, weltweit angewandt werden sollte. Wir hoffen, daß dieser neue Geist internationaler Zusammenarbeit in Asien ebenso vollständig zum Tragen kommen wird wie in Europa. Wir begrüßen die Bemühungen um die Schaffung einer neuen Union, die sich auf Einverständnis, nicht auf Zwang, gründet und den Wünschen der Völker der Sowjetunion wirklich entspricht. Das Ausmaß dieses Vorhabens ist gewaltig: die Schaffung einer offenen und demokratischen Sowjetunion, die in der Lage ist, in vollem Umfang ihren Teil zur Herstellung von Stabilität und Vertrauen in der Welt beizutragen.

Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten, um sie in ihren Bemühungen um die Schaffung einer offenen Gesellschaft, einer pluralistischen Demokratie und einer Marktwirtschaft zu unterstützen. Wir hoffen, daß die Verhandlungen zwischen der UdSSR und den gewählten Regierungen der baltischen Länder deren Zukunft demokratisch und in Übereinstimmung mit den legitimen Wünschen der Menschen gestalten werden.

13.

Die jugoslawischen Völker müssen selbst über ihre Zukunft entscheiden. Die Lage in Jugoslawien gibt jedoch weiterhin Anlaß zu großer Sorge. Militärische Gewalt und Blutvergießen können nicht zu einer dauerhaften Lösung führen und werden lediglich die Stabilität insgesamt gefährden. Wir fordern ein Ende der Gewalt, die Deaktivierung und Rückkehr der militärischen Kräfte in die Kasernen und einen dauerhaften Waffenstillstand.

Wir fordern alle Parteien dringend auf, sich an die Übereinkunft von Brioni in der vorliegenden Form zu halten. Wir begrüßen die Bemühungen der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedsstaaten, zur Lösung der Jugoslawien-Krise beizutragen. Deshalb unterstützen wir die Entsendung von EG-Beobachtern nach Jugoslawien im Rahmen des KSZE-Dringlichkeitsmechanismus.

Wir werden gemeinsam mit anderen in der Völkergemeinschaft alles in unseren Kräften Stehende tun, um den Prozeß des Dialogs und der Verhandlungen zu fördern in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Schlußakte von Helsinki und der Charta von Paris für ein neues Europa, insbesondere Achtung der

Menschenrechte, einschließlich der Rechte der Minderheiten und des Rechtes der Völker auf Selbstbestimmung im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und den einschlägigen Bestimmungen des Völkerrechts, darunter jenen, die sich auf die territoriale Unversehrtheit eines Staates beziehen. Die Normalisierung der gegenwärtigen Situation wird es uns ermöglichen, einen Beitrag zu der unverzichtbaren wirtschaftlichen Erholung des Landes zu leisten.

14.

Wir begrüßen die positiven Entwicklungen in Südafrika, wo die gesetzlichen Pfeiler, auf denen die Apartheid ruhte, endlich niedrigerissen wurden. Wir hoffen, daß diesen wichtigen Schritten die tatsächliche Abschaffung der Apartheid und eine Verbesserung der Lage der Ärmsten in der südafrikanischen Bevölkerung folgen werden. Wir hoffen, daß Verhandlungen über eine neue Verfassung, die zur Schaffung einer von Rassentrennung freien Demokratie führen, bald beginnen und nicht durch tragische Gewaltausbrüche empfindlich gestört werden. Alle Parteien müssen alles in ihren Kräften Stehende tun, um das Problem der Gewalt zu lösen. Wir befürchten, daß die Grundlage für ein neues von Rassentrennung freies Südafrika durch wachsende soziale Probleme und sich verschlechternde wirtschaftliche Aussichten für die Mehrheit der Bevölkerung untergraben wird; diese Probleme haben zur gewaltsamen Auseinandersetzung beigetragen.

Es ist dringend erforderlich, die Wirtschaft zum Wachstum zurückzuführen, um zur Verringerung des Wohlstandsgefälles und zur Verbesserung der Chancengleichheit beizutragen. Südafrika muß neue Wirtschafts-, Investitions- und sonstige Politiken einschlagen, die dem Land den normalen Zugang zu allen ausländischen Kreditquellen ermöglichen. Zusätzlich zu seinen eigenen innerstaatlichen Bemühungen bedarf Südafrika auch der Hilfe der Völkergemeinschaft, insbesondere in denjenigen Bereichen, in denen die Mehrheit schon seit langem Mangel leidet: Bildung, Gesundheit, Wohnungswesen und Wohlfahrt. Wir werden unsere Hilfe diesen Zwecken zukommen lassen.

15.

Schließlich hoffen wir auf eine weitere Stärkung der internationalen Ordnung durch fortgesetzte energische Bemühungen um die Abschreckung des Terrorismus und der Geiselnahme. Wir fordern die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Geiseln, wo immer diese festgehalten werden, sowie Nachweise über alle Personen, die als Geiseln genommen wurden und womöglich während ihrer Haft gestorben sind. Wir begrüßen die von Regierungen mit Einfluß auf Geiselnahmer eingegangenen Verpflichtungen, auf die Freilassung von Geiseln hinzuwirken, und fordern sie dringend auf, ihre diesbezüglichen Anstrengungen zu intensivieren. Wir sprechen den Freunden und Verwandten der festgehaltenen Personen unser Mitgefühl aus.

Wir bekräftigen, daß wir alle Erscheinungsformen des Terrorismus verurteilen. Wir werden zusammenarbeiten, um den Terrorismus mit allen zu Gebote stehenden Mitteln im Rahmen des Völkerrechts und der innerstaatlichen Gesetzgebung abzuschrecken und zu bekämpfen, insbesondere auf dem Gebiet der Sicherheit der internationalen Zivilluftfahrt sowie der Kennzeichnung von Plastiksprengstoffen zum Zweck ihrer Entdeckung.

16.

Dieses Forum bietet nach wie vor eine unschätzbare Gelegenheit für Vertreter Europas, Japans und Nordamerikas, die kritischen Herausforderungen der kommenden Jahre zu erörtern. Im Alleingang werden wir jedoch nicht erfolgreich sein. Wir fordern die politisch Verantwortlichen anderer Völker auf, sich unseren Bemühungen um einen praktischen und dauerhaften Beitrag zur Sache des Friedens, der Sicherheit, der Freiheit und des Grundsatzes der Rechtsstaatlichkeit anzuschließen, welche die Voraussetzungen für jedes Bemühen bilden, mehr Gerechtigkeit und Wohlstand überall auf der Welt zu schaffen.

Erklärung über den Transfer konventioneller Waffen und die Nichtverbreitung von ABC-Waffen

London, 16. Juli 1991

1.

Auf unserem letztjährigen Treffen in Houston unterstrichen wir, die Staats- und Regierungschefs sowie die Vertreter der Europäischen Gemeinschaft, die Bedrohung, welche die Verbreitung nuklearer, biologischer und chemischer Waffen und der dazugehörigen Raketenträgersysteme für die internationale Sicherheit darstellt.

Die Golfkrise hat ein Schlaglicht auf die Gefahren geworfen, die von der unkontrollierten Verbreitung dieser Waffen und von übermäßig großen Beständen an konventionellen Waffen ausgehen. Die Verantwortung dafür, das erneute Auftreten solcher Gefahren zu verhindern, muß sowohl von Waffenlieferanten als auch Empfängerländern sowie von der Völkergemeinschaft insgesamt getragen werden. Wie aus den verschiedenen Initiativen, die einige von uns gemeinsam oder einzeln vorgeschlagen haben, klar hervorgeht, sind wir alle entschlossen, diesen Gefahren im Rahmen geeigneter Foren sowohl im Nahen Osten als auch anderswo entgegenzutreten.

Transfer konventioneller Waffen

2.

Wir akzeptieren, daß viele Staaten zur Gewährleistung eines angemessenen Sicherheitsniveaus auf Waffenimporte angewiesen sind, und das naturgegebene Recht der Selbstverteidigung wird von der Charta der Vereinten Nationen anerkannt. Spannungen in internationalen Beziehungen werden so lange fortbestehen, wie die ihnen zugrundeliegenden Interessenkonflikte nicht angegangen und gelöst werden. Der Golfkonflikt zeigte jedoch, wie Frieden und Stabilität untergraben werden können, wenn sich ein Land ein massives Arsenal anschaffen kann, das die Selbstverteidigungsbedürfnisse weit überschreitet und seine Nachbarn bedroht.

Wir sind entschlossen, sicherzustellen, daß ein solcher Mißbrauch nicht noch einmal vorkommt. Wir glauben, daß Fortschritte möglich sind, wenn alle Staaten die drei Grundsätze der Transparenz, der Konsultation und des Handelns anwenden.

3.

Der Grundsatz der *Transparenz* sollte auf den internationalen Transfer konventioneller Waffen und der dazugehörigen militärischen Technologie ausgedehnt werden. Als einen Schritt in diese Richtung unterstützen wir den Vorschlag, unter der Aufsicht der Vereinten Nationen ein allgemeines Register für den Transfer von Waffen anzulegen, und wir werden darauf hinarbeiten, daß dieser Vorschlag schon bald angenommen wird. Ein solches Register würde die Völkergemeinschaft auf den Versuch eines Staates aufmerksam machen, Bestände an konventionellen Waffen anzuhäufen, die über ein vernünftiges Maß hinausgehen.

Alle Staaten sollten regelmäßig nach einem Transfer Informationen liefern. Wir drängen auch auf größere Offenheit in bezug auf die Gesamtbestände an konventionellen Waffen. Wir glauben, daß die Bereitstellung solcher Daten sowie ein Verfahren, mit dessen Hilfe Klarstellungen eingeholt werden können, eine wertvolle Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahme wären.

4.

Der Grundsatz der *Konsultation* sollte nunmehr durch die rasche Umsetzung der in letzter Zeit eingeleiteten Initiati-

ven zur Aufnahme von Gesprächen zwischen den führenden Rüstungsexportoren gestärkt werden, die zum Ziel haben, eine gemeinsame Haltung im Hinblick auf die Richtlinien zu vereinbaren, die auf den Transfer konventioneller Waffen Anwendung finden.

Wir begrüßen die vor kurzem eröffneten Gespräche über dieses Thema. Zu diesen zählen die ermutigenden Gespräche der Ständigen Mitglieder des VN-Sicherheitsrats am 8./9. Juli in Paris sowie laufende Gespräche der EG-Mitgliedstaaten. Jeder von uns wird in diesen und anderen geeigneten Foren weiterhin eine konstruktive Rolle in diesem wichtigen Prozeß spielen.

5.

Der Grundsatz des Handels verlangt von uns allen Schritte, durch die das Anhäufen unverhältnismäßig großer Arsenale verhindert wird. Zu diesem Zweck sollten alle Staaten von Waffentransfers absehen, die sich destabilisierend auswirken oder bestehende Spannungen verschärfen würden. Besondere Zurückhaltung sollte beim Transfer von Hochtechnologie Waffen und bei Verkäufen in Länder und Gebiete geübt werden, die zu besonderer Sorge Anlaß geben. Spezielle Anstrengungen sollten unternommen werden, um sensitive Gegenstände und Produktionskapazitäten für fortgeschrittene Waffen zu definieren, auf deren Transfer ähnliche Beschränkungen Anwendung finden könnten.

Alle Staaten sollten Schritte unternehmen, um zu gewährleisten, daß diese Kriterien strikt angewandt werden. Wir beabsichtigen, diese Fragen auch in Zukunft mit großer Aufmerksamkeit zu verfolgen.

6.

Die irakische Aggression und der daraus resultierende Golfkrieg haben gezeigt, welche gewaltigen Kosten der Völkergemeinschaft aus einem militärischen Konflikt entstehen. Wir glauben, daß Mäßigung im Hinblick auf militärische Ausgaben einen Schlüsselaspekt solider Wirtschaftspolitik und verantwortungsbewußter Führung der Regierungsgeschäfte darstellt. Während alle Länder mit knappen Mitteln mühsam um die Bewältigung miteinander konkurrierender Aufgaben ringen, binden übermäßige Rüstungsausgaben für Waffen aller Art Ressourcen, die für die vorrangige Aufgabe benötigt würden, die wirtschaftliche Entwicklung in den Griff zu bekommen. Solche Waffenkäufe können auch hohe Schulden verursachen, ohne daß die Mittel geschaffen würden, mit denen sie bedient werden könnten.

Wir nehmen mit Genugtuung den vor kurzem veröffentlichten Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) und die jüngsten Entscheidungen einiger Geberländer zur Kenntnis. Militärausgaben, sofern sie unangemessen hoch sind, bei der Ausarbeitung von Hilfsprogrammen zu berücksichtigen, und ermutigen alle anderen Geberländer, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen. Wir begrüßen die Aufmerksamkeit, die der Geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Präsident der Weltbank kürzlich im Rahmen der Verringerung unproduktiver öffentlicher Ausgaben exzessiven Militärausgaben gewidmet haben.

Nichtverbreitung

7.

Wir sind tief besorgt über die Verbreitung von nuklearen, biologischen und chemischen Waffen sowie von Raketenträgersystemen. Wir sind entschlossen, diese Gefahr durch die Stärkung und Ausweitung der Nichtverbreitungsregime zu bekämpfen.

8.

Irak muß die Resolution 687 des Sicherheitsrats uneingeschränkt erfüllen, welche Bedingungen für die Zerstörung, Entfernung oder Unschädlichmachung seiner nuklearen, biologischen und chemischen Kriegsführungs- sowie seiner Flugkörperkapazitäten unter internationaler Aufsicht sowie für die Verifikation und die langfristige Überwachung festlegt, durch die sichergestellt werden soll, daß Irak in Zukunft keine Kapazitäten für solche Waffensysteme entwickelt. Im Einklang mit den einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen werden wir der Sonderkommission der Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) jede Unterstützung gewähren, damit sie ihre Aufgaben in vollem Umfang wahrnehmen können.

9.

Im Hinblick auf die Kernenergie

- bekräftigen wir unseren Willen, auf die Herbeiführung eines möglichst breiten Konsenses zugunsten eines gerechten und stabilen Nichtverbreitungsregimes auf der Grundlage eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen nuklearer Nichtverbreitung und der Weiterentwicklung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken hinzuwirken;
- bekräftigen wir die Bedeutung, die dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) zukommt, und appellieren an alle anderen Nichtunterzeichnerstaaten, diesem Übereinkommen beizutreten;
- rufen wir alle Nichtkernwaffenstaaten auf, alle ihre nuklearen Tätigkeiten den IAEO-Sicherungsmaßnahmen zu unterwerfen, die das Kernstück des internationalen Nichtverbreitungsregimes bilden;
- appellieren wir dringend an alle Nuklearlieferländer, die Richtlinien der Gruppe der Nuklearlieferländer anzunehmen und umzusetzen.

Wir begrüßen die Entscheidung Brasiliens und Argentinien, eine umfassende Übereinkunft über Sicherheitsmaßnahmen mit der IAEO zu schließen und Schritte zur Inkraftsetzung des Vertrags von Tlatelolco zu unternehmen, sowie den Beitritt Südafrikas zum NVV.

10.

Jeder von uns wird auch auf folgendes hinarbeiten:

- unser gemeinsames Ziel, das NVV-Regime über 1995 hinaus beizubehalten und zu intensivieren;
- ein gestärktes und verbessertes System von IAEO-Sicherungsmaßnahmen;
- neue Maßnahmen im Rahmen der Gruppe der Nuklearlieferländer, durch die angemessene Exportkontrollen für doppelt einsatzfähige Gegenstände sichergestellt werden sollen.

11.

Wir erwarten, daß es der Überprüfungskonferenz zum Übereinkommen über das Verbot biologischer Waffen im September gelingen wird, die Anwendung der geltenden Bestimmungen des Übereinkommens zu stärken, indem sie die in ihm enthaltenen vertrauensbildenden Maßnahmen verbessert und erweitert und sondiert, in welchem Umfang wirksame Verifikationsmaßnahmen möglich sind. Jeder von uns wird andere Staaten ermutigen, dem Übereinkommen beizutreten und alle Vertragsstaaten dringend auffordern, ihre Pflichten aus dem Übereinkommen

genauestens zu erfüllen. Wir alle sind der Auffassung, daß eine erfolgreiche Überprüfungs-konferenz, die zu einer besseren Anwendung des Übereinkommens über das Verbot biologischer Waffen führt, einen wichtigen Beitrag zur Verhinderung der Verbreitung biologischer Waffen leisten würde.

12.

Die erfolgreiche Aushandlung eines wirkungsvollen, umfassenden und wirksam verifizierbaren Übereinkommens über das Verbot chemischer Waffen, dem alle Staaten beitreten, ist die beste Möglichkeit, die Verbreitung chemischer Waffen zu verhindern. Wie begrüßen die jüngsten Erklärungen seitens der Vereinigten Staaten, die nach unserer Auffassung zum raschen Abschluß eines solchen Übereinkommens beitragen werden. Wir hoffen, daß die Verhandlungen so bald wie möglich erfolgreich abgeschlossen sind. Wir bekräftigen unsere Absicht, zu den ursprünglichen Vertragsstaaten dieses Übereinkommens zu gehören. Wir fordern andere mit Nachdruck auf, diesem Übereinkommen bei erster Gelegenheit beizutreten, damit es so bald wie möglich in Kraft treten kann.

13.

Wir müssen ferner die Kontrolle der Exporte stärken, die zur Verbreitung biologischer und chemischer Waffen beitragen könnten. Wir begrüßen die von Mitgliedern der Australien-Gruppe und von anderen Staaten zur Kontrolle des Exports von Ausgangsstoffen für chemische Waffen und damit zusammenhängender Ausrüstung getroffenen Maßnahmen. Wir streben eine immer stärkere Harmonisierung der Verfahrensweisen zwischen allen Ausfuhrstaaten an. Wir appellieren dringend an alle Staaten, diese Bemühungen zu unterstützen.

14.

Unser Ziel ist ein völliges und wirksames Verbot chemischer und biologischer Waffen. Der Einsatz solcher Waffen ist ein Verbrechen an der Menschheit. Für den Fall, daß ein Staat solche Waffen einsetzt, sind wir uns alle einig, unverzüglich gravierende Maßnahmen gegen ihn zu erwägen, und zwar sowohl im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als auch in anderen Gremien.

15.

Die Verbreitung von Raketenträgersystemen hat in vielen Regionen der Welt der internationalen Sicherheit eine neue Dimension der Instabilität hinzugefügt. Als Begründer des Trägertechnologie-Regimes (TTR) begrüßen wir dessen Ausdehnung auf viele andere Staaten während der letzten beiden Jahre. Wir unterstützen den auf dem TTR-Treffen in Tokio im März 1991 ergangenen gemeinsamen Appell an alle Staaten, diese Richtlinien anzunehmen. Sie zielen nicht darauf ab, die Zusammenarbeit bei der Nutzung des Weltraums für friedliche und wissenschaftliche Zwecke zu behindern.

16.

Wir können einen wichtigen Beitrag zur Verringerung der Gefahren der Verbreitung sowie des Transfers konventioneller Waffen leisten. Wir werden unsere Bemühungen und Konsultationen im Hinblick auf diese Fragen auch mit anderen Lieferländern in allen geeigneten Foren fortsetzen, um ein neues Klima weltweiter Zurückhaltung zu schaffen. Dies wird uns nur gelingen, wenn andere, auch Empfängerländer, uns unterstützen und alle Staaten gemeinsam erneute Anstrengungen unternehmen, um diese Gefahren zu beseitigen, welche die Sicherheit aller unserer Völker bedrohen können.

Wirtschaftserklärung von London

Eine weltweite Partnerschaft aufbauen

London, 17. Juli 1991

1.

Wir, die Staats- und Regierungschefs der sieben wichtigsten demokratischen Industriestaaten und die Vertreter der Europäischen Gemeinschaft sind in London zu unserem siebzehnten jährlichen Gipfeltreffen zusammengekommen.

2.

Die Verbreitung von Freiheit und Demokratie, die wir in Houston begrüßt haben, hat sich im vergangenen Jahr beschleunigt. Gemeinsam hat die Völkergemeinschaft eine große Gefährdung des Weltfriedens am Golf überwunden. Jetzt stehen wir jedoch vor neuen Herausforderungen und neuen Chancen.

3.

Wir sind bestrebt, eine auf gemeinsame Werte gegründete weltweite Partnerschaft aufzubauen und die Weltordnung zu stärken. Unser Ziel ist es, die Demokratie, die Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit und eine solide Wirtschaftspolitik, die zusammen die Grundlage des Wohlstands bilden, zu untermauern. Zur Erreichung dieser Ziele werden wir für ein wahrhaft multilaterales System eintreten, das sicher und anpassungsfähig ist und in dem die Verantwortung in gerechter Weise von vielen getragen wird. Im Hinblick auf unser Ziel kommt einem stärkeren, wirksameren VN-System und einer erhöhten Aufmerksamkeit gegenüber der Verbreitung und dem Transfer von Waffen zentrale Bedeutung zu.

Wirtschaftspolitik

4.

Im vergangenen Jahr blieb in einigen unserer Volkswirtschaften das Wachstum hoch, während bei den meisten eine Verlangsamung und bei einigen eine Rezession eingetreten ist. Eine weltweite Rezession ist jedoch vermieden worden. Die durch die Golfkrise verursachte Unsicherheit liegt nun hinter uns. Wir begrüßen, daß es jetzt eine wachsende Zahl von Zeichen für eine weltweite wirtschaftliche Erholung gibt. Außerdem wurden Fortschritte beim Abbau der größten Handelsbilanz- und Leistungsbilanzungleichgewichte erzielt.

5.

Unsere gemeinsamen Ziele sind eine dauerhafte Erholung und Preisstabilität. Um dies zu erreichen, sind wir entschlossen, die auf früheren Gipfeln vereinbarte mittelfristige Strategie beizubehalten, unter anderem mit Hilfe unseres wirtschaftspolitischen Koordinierungsprozesses. Diese Strategie hat inflationäre Erwartungen eingedämmt und die Voraussetzungen für dauerhaftes Wachstum und neue Arbeitsplätze geschaffen.

6.

Wir bekennen uns daher zur Durchführung einer Finanz- und Währungspolitik, die bei Berücksichtigung der jeweils unterschiedlichen Lage in unseren Ländern die Grundlage für niedrigere reale Zinssätze schafft. In diesem Zusammenhang sind weitere Fortschritte bei der Reduzierung von Haushaltsdefiziten von wesentlicher Bedeutung. Dies wird in Verbindung mit den Bemühungen um einen Abbau der Hemmnisse für die private Spartätigkeit dazu beitragen, auf einen Anstieg der globalen Ersparnisse hinzuwirken, der notwendig ist, um den Mittelbedarf für Investitionen zu decken. Ebenso begrüßen wir die enge